

Stellungnahme des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Ratsfraktion, Helge Herrwegen, zur Verabschiedung des Haushaltes 2017 in der Sitzung des Rates am 30. Mai 2017

Sperrfrist: Beginn der Rede

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute beraten und verabschieden wir den Haushalt 2017. Für meine Fraktion halte ich heute die zweite Haushaltsrede. Daher sollte zu Beginn auch eine kurze Rückschau auf den Doppelhaushalt 2015/2016 und die Themen der ersten Haushaltsrede stehen und die Frage, was sich in den letzten gut zwei Jahren verändert hat. **Der vorgelegte Haushalt 2017 kann uns optimistisch und zuversichtlich stimmen.** Hier möchte ich nur einige wenige Zahlen nennen: im Doppelhaushalt 2015/2016 sind wir bis Ende 2019 bei der Entwicklung des Eigenkapitals von einem voraussichtlicher Stand von nur noch 70,3 Millionen Euro ausgegangen. Im nun vorliegenden Entwurf liegen wir beim Eigenkapital Ende 2019 bei voraussichtlich 107,4 Millionen Euro. Das macht einen Unterschied von über 37 Millionen Euro und des Weiteren ist bei der Entwicklung positiv, dass wir in Wesseling Eigenkapital sogar wieder langsam aufbauen. Außerdem war für 2017 ein Fehlbedarf im Haushalt von ca. 10 Millionen Euro eingeplant. Jetzt erzielen wir in 2017 und auch in den nächsten Jahren einen voraussichtlich deutlich steigenden Haushaltsüberschuss.

Wir haben damit die große Chance, die Zwänge des Haushaltskonsolidierungskonzepts schnell hinter uns zu lassen und finanziell wieder eigenständig zu werden. Das wollen wir als SPD-Fraktion erreichen, allerdings wollen wir die jetzt schon entstandenen finanziellen Spielräume auch optimal nutzen.

Gute wirtschaftliche Situation

Wir freuen uns, dass sich die allgemeine wirtschaftlich gute Lage nun auch finanziell in Wesseling positiv und nachhaltig auswirkt. NRW und unsere Region stehen bei

den wirtschaftlichen Zahlen gut dar und wir profitieren in Wesseling auch davon. Die Schlusslichtdebatte im Landtagswahlkampf war daher fehl am Platz und entsprach nicht der Realität. **Unser Dank gilt den Unternehmen in unserer Stadt - Großindustrie, Mittelstand und Kleinunternehmen - , die erfolgreich am Markt agieren und dafür gesorgt haben, dass die geplanten Gewerbesteuerzahlungen von rund 28 Millionen Euro auf über 50 Millionen Euro gestiegen sind und sich nach den Planzahlen auch in den nächsten Jahren in diesen Größenordnungen bewegen. Unternehmen können allerdings nur erfolgreich sein, wenn sie motivierte und kompetente Mitarbeiter haben. Daher danken wir den Beschäftigten der Wesselinger Betriebe für ihre Arbeit und außerdem den Arbeitnehmervertretungen, die mit ihrer Mitbestimmung auch zu diesen Erfolgen beigetragen haben. Die dazu nötigen positiven Rahmenbedingungen haben wir Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung mit geschaffen und darauf sind wir auch stolz.** Vor wenigen Jahren haben wir in Deutschland endlich einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn eingeführt. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie große Teile der Wirtschaft massiv gegen den Mindestlohn agiert haben und den wirtschaftlichen Abschwung für den Fall der Einführung des Mindestlohns sicher in Aussicht gestellt haben. Auch Teile der hier im Stadtrat vertretenen Parteien sahen das genauso und unsere Koalitionspartner auf Bundesebene haben sich bei der Einführung nicht besonders engagiert. Die wirtschaftliche Lage hat sich in den letzten Jahren nicht verschlechtert, sondern weiter verbessert. Das zeigt uns Sozialdemokraten, dass wirtschaftliche Stärke und Dynamik mit einer neuen Ordnung auf dem Arbeitsmarkt gut vereinbart werden kann. Daher setzen wir uns weiter für diese neue Ordnung ein und werden uns unter anderem für einen gesetzlichen Anspruch auf eine befristete Teilzeit mit Rückkehrrecht auf Vollzeit sowie die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen stark machen. Ich wünsche mir, dass wir bald mit meiner Fraktionskollegin Ute Meiers eine Wesselinger Bundestagsabgeordnete haben werden, die sich engagiert und kompetent in Berlin und im Wahlkreis um diese Themen kümmern wird.

Hebesatz bei der Kreisumlage weiter senken

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Haushaltssituation könnte für unsere Stadt noch besser sein. Bereits in meiner Rede in 2015 bin ich auf die Höhe der Kreisumlage ausführlich eingegangen. Der Kreishaushalt ist bereits vor einigen Wochen verabschiedet worden. Im Verlauf der Beratungen ist der Hebesatz von 41,3 Prozent auf 40,5 Prozent gesenkt worden. Vorher betrug dieser Hebesatz rund 44 Prozent. Die SPD-Kreistagsfraktion und die beiden SPD-Kreistagsabgeordneten und Ratskollegen Heidi Meyn und Helmut Halbritter haben sich seit Längerem für die Senkung der Kreisumlage eingesetzt, um die Kommunen im Rhein-Erft-Kreis und damit auch unsere Stadt finanziell zu entlasten. **Die SPD-Kreistagsfraktion hat in den Haushaltsberatungen auf Kreisebene beantragt, die Einnahmen durch die Kreisumlage auf ca. 250 Millionen Euro in 2017 zu deckeln. Dadurch hätte der Hebesatz sogar auf 39,82 Prozent gesenkt werden können. Diese auf den ersten Blick vielleicht zu vernachlässigende weitere Senkung um diese 0,68 Prozent macht allerdings für Wesseling ca. 390.000 Euro aus. 390.000 Euro, die wir gut in unserem Haushalt hätten gebrauchen können.** Die Gebührenfreiheit für das vorletzte Kindergartenjahr hätten wir damit locker finanzieren können und im Ergebnis noch eine weitere Summe von 60.000 Euro zur Verfügung gehabt. Die Jamaika-Koalition auf Kreisebene, bestehend aus CDU, FDP und Grüne, haben diesen guten Antrag leider abgelehnt. Der Begriff Jamaika hört sich zunächst gut an, die Politik dieser Koalition sieht dann aber in der Realität ziemlich dürftig und nicht besonders erwärmend aus.

Familienpolitik

Zurück zum Haushalt:

Auf Initiative der SPD-Fraktion werden 20.000 Euro zur Verfügung gestellt, um nach Auswertung des Familienberichts etwaige Maßnahmen noch in 2017 anzustoßen und umsetzen zu können. Dieser Bericht muss jetzt auch alsbald im Fachausschuss vorgestellt werden, um im Bereich der Familienpolitik in Wesseling weiter voran zu kommen. Wir erwarten von diesem Bericht wichtige

Erkenntnisse, was die Familien in Wesseling beschäftigt und was sie von der Politik erwarten. Ob dazu weiterhin der Familienpass gehört, werden wir dann sehen. Für uns Sozialdemokraten ist es allerdings wichtig, dass wir in diesem Zusammenhang den Familienbegriff auf alle Familien mit Kindern ausweiten.

Die CDU-Fraktion hat insgesamt zusätzliche 30.000 Euro für den Familienpass, für Leistungen an Inhaber von Ehrenamtskarten, für ein Beratungskonzept für Senioren und für Fahrscheine für Behinderte beantragt. Bei diesen einzelnen Ansätzen fehlen weitergehende inhaltliche Konkretisierungen. Es wird immer nur die Verwaltung beauftragt, Konzepte zu erarbeiten. Das ist ein bisschen wenig für die CDU-Fraktion, die gemeinsam mit den Grünen eine Koalition bildet und damit eine gestaltende Mehrheit im Stadtrat hat. Hier wäre zu erwarten gewesen, dass zumindest inhaltliche Eckpunkte aufgestellt werden. **Wir haben als SPD-Fraktion im Bereich des ehrenamtlichen Engagements konkret die Überprüfung und Anpassung der Aufwandsentschädigungen ehrenamtlicher Feuerwehrkräfte in der Stadt Wesseling beantragt, um dieses wichtige ehrenamtliche Engagement weiter zu stärken. In einer der nächsten Sitzungen des Stadtrates werden wir dann über eine entsprechende Satzung beraten.**

Die Wesselingener Bürgerinnen und Bürger sollten schon wissen, welche Vorstellungen Schwarz-Grün in diesen Politikbereichen hat. Oder gibt es diese Gemeinsamkeiten überhaupt nicht? Eben habe ich über die Jamaika-Koalition gesprochen, so etwas ähnliches gibt es auch auf Wesselingener Ebene, eine Art Jamaika light, Frau Dobberstein (FDP) ist bereits seit einiger Zeit nach unserer Geschäftsordnung Hospitantin bei der CDU-Fraktion. Daher zurück zu Jamaika: Es gibt ein geläufiges Sprichwort auf Jamaika für Fälle einer schwierigen Kompromissfindung. Das lautet wie folgt: The spider and the fly can't make a deal. Übersetzt heißt das: Die Spinne und die Fliege kommen nicht ins Geschäft.

Bei den oben genannten Themen trifft dieses Sprichwort wohl zu. Ich möchte mich aber hier nicht festlegen, welcher der beiden Koalitionspartner nun Spinne und welcher Fliege ist.

Seniorenarbeit

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

der demografische Wandel wird in Wesseling auch unaufhaltsam fortschreiten und große Auswirkungen auf die Gesellschaft und damit auch auf das Zusammenleben in unserer Stadt haben. **Wenn die Verwaltung beauftragt wird, ein Beratungskonzept für Senioren zu entwickeln, sollte auch in diesem Zusammenhang die personelle Stärke der Stadtverwaltung überprüft werden. Ich komme gleich noch zu einem anderen gravierenden Beispiel. Wir können daher nicht nachvollziehen, dass unser Antrag auf Einrichtung einer zusätzlichen Stelle für den Seniorenbereich von der schwarz-grünen Mehrheit abgelehnt wurde. Hier geht es uns um die Unterstützung der Seniorenbeauftragten, um den Anforderungen des demografischen Wandels gerecht zu werden.** Auf kommunaler Ebene müssen wir auch eine Art Konnexitätsprinzip schaffen, das heißt, wenn wir die Verwaltung mit verschiedensten Themen und Maßnahmen beauftragen, dann müssen wir auch regelmäßig prüfen, ob die Verwaltung dazu auch personell in der Lage ist. Wir sprechen zurzeit viel über eine zunehmende Arbeitsverdichtung und -belastung im Berufsleben. Hier wird nun in den Betrieben und Verwaltungen auf dem Wege der sog. „Guten Arbeit“ versucht, mit verschiedensten Maßnahmen und Projekten diesen Belastungen entgegenzutreten. Bei der Personalplanung stehen wir als Stadtrat auch in der Mitverantwortung und können über den jährlichen Stellenplan Abhilfe schaffen. Dies wird aber nach unserer Ansicht von der schwarz-grünen Mehrheit deutlich vernachlässigt.

Stärkung des Sports

Im Bereich Sport freuen wir uns, dass Mittel zur Wiederaktivierung der Sportförderrichtlinien zur Verfügung gestellt werden.

Zu dem Sinn und Zwecks eines Sportentwicklungsplans habe ich bereits in meiner Haushaltsrede in 2015 ausführlich Stellung genommen. Es ist mir anscheinend nicht gelungen, zumindest bei Herrn Rothermund, deutlich zu machen, dass es hier nicht

nur um die Entwicklung von Sportstätten geht. Leider gehen Sie, Herr Rothermund, bei jeder Gelegenheit, bei diesem Thema nur auf die Sportstätten ein.

Die Haushaltsmittel für den Sportentwicklungsplan stehen seit 2016 bereits zur Verfügung. Wir erwarten nun eine zügige Umsetzung dieses Planes.

Uns ist in den Beratungen im Hauptausschuss aufgefallen, dass die CDU-Fraktion und sogar die Fraktion SBW sich recht positiv zu den Hallennutzungsgebühren geäußert haben mit folgender Argumentation: Die Gebühren würden auch einen erzieherischen Zweck erfüllen und die Hallen seien nun sauberer.

Ich möchte in diesem Zusammenhang ganz klar für meine Fraktion darauf hinweisen, dass die Hallennutzungsgebühren in Wesseling ausschließlich nur aufgrund der schwierigen Haushaltslage eingeführt wurden. Das wurde den Vereinen so auch kommuniziert. Hier müssen wir weiterhin glaubwürdig sein. **Daher werden wir die sofortige Abschaffung der Hallennutzungsgebühren beantragen, sobald das Haushaltssicherungskonzept endet. Hier können sich die Vereine auf die SPD-Fraktion verlassen. Die CDU-Fraktion sieht dies anscheinend anders und möchte unsere Wesseling Sportvereine aus erzieherischen Gründen weiter zur Kasse bitten.**

Wir haben außerdem beantragt, dass Hallennutzungsgebühren bis zur Verabschiedung eines Gesamtkonzeptes nicht mehr erhoben werden. Hintergrund unseres Vorschlages ist der Beschluss des Sportausschusses, auch für kulturtreibende und sonstige Vereine Kostendeckungsbeiträge für die Nutzung städtischer Räumlichkeiten einzuführen. Aus Gründen der Gleichbehandlung sind wir daher für die Nichterhebung dieser Gebühren bis wir das Gesamtkonzept auf den Weg gebracht haben. Außerdem sollen aus unserer Sicht im Rahmen eines Gesamtkonzeptes die Einnahmen aus diesen Gebühren bei 55.000 Euro gedeckelt bzw. „eingefroren“ werden. Dies wurde von der schwarz-grünen Mehrheit abgelehnt. Die Sportvereine müssen weiterhin als Sparschwein erhalten, ohne dass ein Konzept vorliegt, das alle Vereine bei der Nutzung von städtischen Räumlichkeiten gleichbehandelt.

Wir bedauern es auch, dass ein einmaliger Zuschuss zu Gunsten des Vereins Rot-Gelb Wesseling für die professionelle Überholung des Kunstrasens durch eine Fachfirma von der schwarz-grünen Mehrheit abgelehnt wird. Den

Kunstrasenplatz hat dieser Verein ohne städtische Zuschüsse errichtet. Die laufenden Pflege- und Reinigungsarbeiten hat der Verein in den letzten Jahren auch alleine getragen. Wesseling Kindertagesstätten nutzen den Platz wöchentlich, ebenso die Feuerwehren der Stadt Wesseling und der umliegenden Industriebetriebe.

Der Verein bietet auch Flüchtlingen eine Möglichkeit, Sport zu treiben.

Außerdem fördert Rot-Gelb Wesseling viele Kinder, die aus sozial schwachen Verhältnissen, kommen.

Wir haben als Fraktion daher ausnahmsweise einen solchen Zuschuss als gerechtfertigt angesehen.

Kita-Beitragsfreiheit

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Sitzung des Hauptausschusses haben wir unseren Antrag zur Gebührenfreiheit im vorletzten Kindergartenjahr zurückgezogen. Grund waren ausschließlich die offenen Fragen zur weiteren Kindergartenfinanzierung durch die neue Landesregierung. Die SPD auf Landesebene ist hier klar aufgestellt und hätte mit Einführung der gebührenfreien Kernzeiten einen weiteren wichtigen Schritt zur vollständigen Gebührenfreiheit vorgenommen. Bereits das gebührenfreie letzte Kindergartenjahr ist von der SPD-geführten Landesregierung eingeführt worden. Nun haben wir nach der Landtagswahl eine andere Situation und die neue Landesregierung muss hier erst eine Position finden. **Für uns ist und bleibt die schrittweise Gebührenfreiheit bei den Kitas ein wichtiges politisches Anliegen, dass wir weiter verfolgen werden. Wir freuen uns, dass alle anderen Fraktionen nun auch dazu stehen und ihre politischen Kontakte nutzen möchten, um diese Gebührenfreiheit schrittweise auch umzusetzen. Daher werden wir regelmäßig schauen und überprüfen, wer was wo durch die genannten Kontakte politisch erreicht hat.** Die SPD hat sich in ihrem gerade vorliegenden Programmentwurf zur Bundestagswahl zu dieser Kita-Gebührenfreiheit bekannt und wird dies auch, soweit die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen sind, mit Bundesmitteln unterstützen. Ich bin mir sicher, dass diese Forderung im Programmentwurf auch bei den weiteren Beratungen und Beschlüssen Bestand haben wird.

Stärkung des Immobilienmanagements

Wichtig ist die Stärkung des Immobilienmanagements durch Schaffung einer von uns beantragten und beschlossenen zusätzlichen Stelle. In diesem Bereich ist in den nächsten Monaten und Jahren noch einiges zu tun. Das Gesamtvolumen der Haushalte 2013 bis einschließlich des heute zu verabschiedenden Haushaltes 2017, welche noch abgearbeitet werden müssen, beträgt konsumtiv ca. 13,6 Millionen Euro und investiv etwa 10,4 Millionen Euro. **Folglich beträgt die Gesamtsumme 24 Millionen Euro, die noch verplant und verbaut werden muss. Ein gewaltiger Sanierungs- und Investitionsstau muss jetzt aufgelöst werden.** Ich möchte in diesem Zusammenhang nur einige Schwerpunkte nennen:

Feuerwache Kronenweg: 516.338 €

Schulzentrum: 6.231.912 € (Beispiele: Bauliche Maßnahmen im Bereich Inklusion, Sanierung naturwissenschaftlicher Räume)

Sanierung Sporthalle Keldenich: 970.000€

Bau Flüchtlingsunterkünfte: 6.415.000 €

Wir haben im Rahmen der Haushaltsberatungen auch über das Image unserer Stadt gesprochen. Wir sind und bleiben eine industriegeprägte Stadt. Wir können vor allem punkten mit einer guten Infrastruktur mit z.B. Straßen und öffentlichen Gebäuden wie Schulen und Turnhallen, die sich in einem modernen oder zumindest zeitgemäßen Zustand befinden. Das hilft unserem Image mehr als irgendwelche Kampagnen. Daher ist die personelle Stärkung des Immobilienmanagements eine unabdingbare Voraussetzung, um diese großen Aufgaben erfolgreich und zügig zu meistern.

Schwerpunkt interkommunale Zusammenarbeit

Die interkommunale Zusammenarbeit ist für uns Sozialdemokraten auch ein wichtiges Thema. Die Nutzung von Synergieeffekten ohne die eigene Identität zu verlieren, ist Ausdruck kommunaler Selbstverwaltung und verantwortungsbewussten Umgangs mit personellen und finanziellen Ressourcen. Es gibt viele Gründe, gemeinsam und partnerschaftlich die vorhandenen Aufgaben zu erfüllen und den

erwünschten oder erforderlichen Standard zu halten oder zu erhöhen. **Im Bereich „Fundraising“ sehen wir hier ein wichtiges Handlungsfeld für eine interkommunale Zusammenarbeit, von der wir in Wesseling und auch unsere Kooperationsstadt durch eine noch bessere Akquise von Fördermitteln profitieren werden. Daher haben wir uns für die Schaffung einer solchen Stelle stark gemacht und setzen darauf, dass die anstehenden Gespräche mit unseren Nachbarstädten erfolgreich verlaufen werden.**

Mehr Sicherheit in Wesseling

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, **die Schaffung von zwei weiteren Stellen im Serviceteam – Fachbereich Sicherheit und Ordnung- ist leider von der schwarz-grünen Mehrheit im Hauptausschuss abgelehnt worden. Wir halten diese Entscheidung für unverantwortlich. Der SPD-Fraktion liegt das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt am Herzen.** Zu einer liebens- und lebenswerten Stadt gehört das Gefühl, sich sicher und frei im Stadtgebiet bewegen zu können. Hier sind leider in den vergangenen Jahren Angsträume entstanden, auf die es zu reagieren gilt. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht darauf, sich in ihrer Stadt auf Sicherheit und Ordnung verlassen zu können. **Für meine Fraktion ist daher die unverzügliche Aufstockung des Personals in diesem Bereich eine zwangsläufige und logische Forderung.** Die SPD steht für mehr Sicherheit in Wesseling. In der letzten Hauptausschusssitzung haben wir auch beschlossen, dass die Überwachung des ruhenden Verkehrs durch Schwerpunktkontrollen verstärkt wird, insbesondere auch im Bereich des Weststrings.

Sie, Herr Hummelsheim, als zuständiger Beigeordneter, haben uns in diesem Zusammenhang gleich mitgeteilt, dass andere Bereiche dadurch vernachlässigt werden. Das wollen wir als Sozialdemokraten aber nicht und das kann durch eine unverzügliche Aufstockung des Personals auch verhindert werden. Hier agiert das Dezernat aus unserer Sicht zu zögerlich. Das Abwarten auf ein Konzept zur Stärkung der Ordnungspartnerschaft mit der Polizei macht nur Sinn, wenn das Ergebnis sein könnte, dass wir mit vier Mitarbeitern im Serviceteam auskommen. Dann müssten wir natürlich keine zusätzlichen Stellen ausweisen. Das halten wir allerdings aufgrund

der Vielzahl der Aufgaben, die auch immer mehr zunehmen, für völlig abwegig. **Schwarz-Grün ist bei diesem Thema leider nicht handlungsfähig und beschäftigt sich lieber mit der personellen Situation der Polizei als die eigenen Hausaufgaben für eine Ordnungspartnerschaft jetzt zu erledigen.** Die personelle Situation der Polizei sollte nach der klaren Positionierung der CDU bei der Landtagswahl zukünftig an sich kein Thema mehr sein. Wir sind gespannt. In der schwarz-gelben Regierungszeit auf Landesebene wurden im Rhein-Erft-Kreis Planstellen abgebaut und Pläne im Wahlkampf sahen eher die Stärkung der ländlichen Gebiete vor, die dann zu Stelleneinsparungen im Rhein-Erft-Kreis führen könnten. **Über den vorübergehenden Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten müssen wir noch intensiv diskutieren. Da gibt es noch einige offene Fragen. Wir wollen nicht, dass sich wieder die Ideologie „Privat vor Staat“ breitmacht. Außerdem sind in vielen Fällen die Sicherheitsdienste schlecht bezahlt und auch durchaus nicht zuverlässig, wie sich z.B. zuletzt am Flughafen Köln-Bonn gezeigt hat. Wir setzen daher dauerhaft auf eigene städtische Mitarbeiter statt auf private Sicherheitsdienste.**

Da die Aufstockung des Personals im Serviceteam von der Koalition blockiert wird, werden wir dem Stellenplan 2017 nicht zustimmen. CDU und Grüne müssen die Verantwortung für diese unverständliche Blockade übernehmen. Diese Koalition ignoriert das berechtigte Sicherheitsbedürfnis vieler Bürgerinnen und Bürger.

Dem Haushalt werden wir nach intensiver Diskussion zustimmen, da eine ganze Reihe unserer Forderungen in dem jetzt zur Abstimmung stehenden Haushaltsentwurf berücksichtigt wurden und wir auch einige Anträge der anderen Fraktionen unterstützen. Außerdem stellt dieser Haushalt eine wichtige Etappe zur Beendigung des Haushaltssicherungskonzeptes dar.

Zum Schluss, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, möchte ich mich herzlich beim Bürgermeister und den Beigeordneten, für die gute und konstruktive Zusammenarbeit bedanken.

In diesen Dank beziehe ich ausdrücklich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, insbesondere in der Kämmerei, ein.

Ihnen, Herr Hummelsheim, aber auch allen Kolleginnen und Kollegen, ein besonders herzliches Dankeschön der SPD-Fraktion. Ich bitte Sie, aber auch den Bürgermeister, unseren Dank an die Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung weiter zu geben.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Glückauf!